

## Annotationen

*Manfred Meier: Ein Leben in Deutschland. Erfahrungen mit zwei Diktaturen, Wien: Edition Steinbauer 2006, 206 S., € 22,50.*

Eigentlich wollte Manfred Meier (Jahrgang 1934) nur für die Enkel seine Kindheitserinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und die Nachkriegszeit zu Papier bringen. Doch dann reizte es ihn, auch über sein vier Jahrzehnte währendes Berufsleben beim Zentralorgan der Ost-CDU *Neue Zeit* – von 1982 bis 1994 als deren Feuilletonchef – zu berichten. Dies ist ihm auf beachtliche Weise gelungen.

Meier beschränkt sich nicht auf oberflächliche Reminiszenzen, wie das manche seiner nostalgisch angehauchten Kollegen in ihren Autobiografien getan haben. Er beschreibt vielmehr mit feiner Ironie die Anleitung der Blockparteizeitungen durch die SED-Agitationsbürokratie. Ein Kapitel widmet er am Beispiel seines Blattes der überproportionalen Durchsetzung der sogenannten bürgerlichen Presse mit MfS-Spitzeln. Dabei belässt er es jedoch nicht.

Meier vermittelt auch Einblicke in den spezifischen Alltag einer engagierten christlichen Familie, die aufgrund seines Berufes bescheidene Privilegien besaß. Es bedurfte deshalb gelegentlicher Ermahnungen seiner Ehefrau, diese nicht mit offener Systemkritik aufs Spiel zu setzen. Unter Berufung auf Karl Wilhelm Fricke, der einen »strukturell bedingten Opportunismus« unter den besonderen Lebensbedingungen in der DDR empfohlen hatte, resümiert der Autor: »Irgendwie angepasst lebten in der DDR viele Oppositionelle, in schwieriger Balance zwischen Protest und innerem Exil zumeist.« (204)

Meiers Erfahrungen mit der SED-Kultur- und Bildungspolitik stehen im Vordergrund seines Buches. Doch es liest sich ebenso wie eine flott geschriebene kleine politische DDR-Geschichte. Deren Tiefpunkte fixiert er unter anderem am Juni-Aufstand 1953, dem Mauerbau 1961, dem Scheitern des »Prager Früh-

lings« 1968, der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz und der Ausweisung Wolf Biermanns 1976 oder der letzten »Wahlfarce« am 7. Mai 1989. Manfred Meiers Erinnerungen ist die Verwendung in den Schulen und der politischen Bildungsarbeit zu wünschen.

*Gunter Holzweißig, Kleinmachnow*

*Martin Jankowski: Der Tag, der Deutschland veränderte. 9. Oktober 1989 (Schriftenreihe des Sächsischen LStU; 7), Leipzig: Ev. Verlagsanstalt 2007, 172 S., € 9,80.*

»Die Demokratie im Osten Deutschlands ist weder ein Geschenk der Siegermächte noch ein Zufallsprodukt«, sondern »unter großen Gefahren von den Bürgern selbst erstritten« worden, so Martin Jankowskis Fazit zu seiner Darstellung von Vorgeschichte, Verlauf und Folgen des 9. Oktober 1989.

70 000 Menschen demonstrierten damals in Leipzig, obwohl das Damoklesschwert eines gewaltsamen Eingriffs der DDR-Staatsmacht über ihnen schwebte. Die »hohe Anzahl entschlossener Demonstranten und ihr konsequent friedfertiges Auftreten« macht Jankowski zu recht verantwortlich dafür, dass Leipzig und der gesamten DDR eine »chinesische Lösung« erspart blieb. Dass der SED-Staat nicht zugeschlagen habe, sei allerdings »nicht Friedensabsicht, sondern Hilflosigkeit« geschuldet gewesen.

Jankowski bezeichnet den 9. Oktober 1989, dessen Verlauf er minutiös, detailreich und spannend rekonstruiert, als »politischen Urknall«. Der Tag habe allen politisch-gesellschaftlichen Werten in der DDR eine neue Bedeutung verliehen, das Ende der SED-Diktatur unausweichlich gemacht und damit die deutsche Einheit vorbereitet. Dieser Umstand werde aber im vereinigten Deutschland nicht angemessen gewürdigt. Jankowskis Buch, dessen Wert durch ein unvollständiges Quellenverzeichnis nicht gemindert

wird, leistet einen wichtigen Beitrag dazu, dieses bedeutenden Datums und vor allem der Akteure des Revolutionsherbstes '89 gerechter zu werden, und ist ein Plädoyer dafür, aus diesem Grunde den deutschen Feiertagskanon zu überprüfen.

*Marc-Dietrich Ohse, Hannover*

*Dirk Mellies: Trojanische Pferde der DDR? Das neutralistisch-pazifistische Netzwerk der frühen Bundesrepublik und die Deutsche Volkszeitung, 1953–1973, Frankfurt a. M. u. a.: Lang 2007, 181 S., € 39,-.*

Ihren Amtsantritt im September 2000 hat die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler mit einer Aufforderung zur intensiveren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Westarbeit der SED verbunden. Am Beispiel der vom ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth 1953 ins Leben gerufenen Wochenzeitung *Deutsche Volkszeitung (DVZ)* und ihres Autorenstamms, greift Dirk Mellies diese Anregung auf und versucht, die Einflussversuche der DDR auf das neutralistisch-pazifistische Spektrum der Bundesrepublik bis 1973 nachzuzeichnen.

Detailliert und faktenreich beschreibt Mellies in seiner Netzwerkstudie die kommunistischen »Netzwerker« in der Redaktion der *DVZ* und deren Versuche, Bündnispartner aus dem nichtkommunistischen Milieu zu gewinnen. Die Erfolge dieser kommunistischen Strategie macht er an der Gewinnung von *DVZ*-Autoren wie Martin Niemöller, Wolfgang Abendroth oder Günter Wallraff fest. Obwohl er richtigerweise feststellt, dass sich diese und alle anderen in seinem Buch behandelten Personen der Steuerung durch die DDR bewusst waren, scheut er dennoch, sie als »Trojanische Pferde« der DDR zu bezeichnen. Vielmehr unterstellt er ihnen, dass sie sich um Autonomie gegenüber der SED bemüht hätten. Doch warum fungierten sie dann noch bis nahezu 1989 als unkritische Propagandisten SED-gesteuerter Initiativen wie dem »Krefelder Appell«?

Zutreffend stellt Mellies fest, dass kommunistisch beeinflusste bzw. gelenkte Parteien bei Wahlen nie nennenswerte Erfolge erzielen konnten. Er übersieht aber, dass der Erfolg kommunistischer Bündnispolitik nicht an Wahlergebnissen festgemacht werden darf,

sondern an den gesamtgesellschaftlichen Nachwirkungen ihrer Einflussnahme. So knüpften die Autoren der *DVZ* an bereits vorhandene Grundströmungen, Feindbilder und Ressentiments wie den Antiamerikanismus und den Anti-Anti-Kommunismus an und setzten die Bundesrepublik dem permanenten Faschismusverdacht aus. Dadurch trugen sie im nicht unerheblichen Maße zur Bewusstseinsprägung der Westdeutschen im Sinne der DDR bei. Diese bis heute spürbaren und reflexartig abrufbaren Folgewirkungen sind der eigentliche Erfolg, den die Kommunisten mit Hilfe ihrer Bündnispartner und somit auch des neutralistisch-pazifistischen Spektrums erzielen konnten.

*Udo Baron, Berlin*

*Kristin Wesemann: Ulrike Meinhof. Kommunistin, Journalistin, Terroristin – eine politische Biografie (Extremismus und Demokratie; 15), Baden-Baden: Nomos 2007, 439 S., € 49,-.*

Zur Wortführerin der »Rote Armee Fraktion« (RAF), Ulrike Meinhof, lag bislang keine wissenschaftliche Biografie vor – diese Lücke schließt nun Kristin Wesemann. Ihre Kernthese lautet, die überzeugte Kommunistin habe schon frühzeitig gegen den freiheitlichen Verfassungsstaat gekämpft, ihre Radikalisierung erkläre sich nicht erst aus der schicksalhaften Verstrickung einer unverstandenen Idealistin. Psychologische und gruppensdynamische Faktoren hält Wesemann demgegenüber für weniger bedeutsam.

Die Autorin analysiert die Entwicklungslinien der Bundesrepublik und bettet das politische Wirken Meinhofs darin ein. So forderte schon die atomare Bewaffnung der Bundeswehr deren Widerstand heraus. Der Tod von Benno Ohnesorg bestätigte nur noch Meinhofs Sicht der »faschistischen Gesellschaft«. Nach dem Abflauen der Studentenproteste sah sie sich herausgefordert und beteiligte sich an der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader – um ihre Entschlossenheit zu demonstrieren.

Wesemann betont in ihrer Dissertationsschrift den Schulterchluss Meinhofs mit dem SED-Regime. Die ungenügende Entnazifizierung im Westen habe sie nur kritisiert, um das östliche Gegenmodell hervorheben

zu können. Und die zunehmende Kritik Ostberlins an Tel Aviv habe Meinhofs Antizionismus befördert.

Ihre unkritische Haltung gegenüber der DDR sei als Schlüssel zu Meinhofs Weltbild zu verstehen – was bislang in der Forschung kaum beachtet wurde. Ihre Positionen kann Wesemann in klarer Sprache gut begründen. Für einen schnelleren Zugriff auf die zahlreichen Weggefährten Meinhofs wäre ein Personenregister allerdings hilfreich gewesen.

*Tobias Wunschik, Berlin*

*Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch, Martin Sabrow (Hg.): 50 Klassiker der Zeitgeschichte, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2007, 256 S., € 19,90.*

Die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Zeitgeschichte unter den historischen Teildisziplinen genießt, macht die Frage danach, welchen ihrer wichtigen Texte der Rang von Klassikern zukommt, reizvoll und intellektuell anregend. So ist der vorliegende Sammelband vom Ansatz her gelungen, im Detail lässt er jedoch Fragen offen. Dabei ist entscheidend, ob die ausgewählten Texte wirklich diejenigen sind, die die deutsche Zeitgeschichte prägten. Die Antwort muss hier ambivalent ausfallen. So stehen wichtige Schriften neben weniger relevanten, sind maßgebliche Autoren nicht vertreten.

Zu Recht liegt der Schwerpunkt der ausgewählten Schriften auf dem Nationalsozialismus. Allerdings bleibt zu fragen, warum etwa Ernst Fraenkels »Doppelstaat« berücksichtigt wird, Franz Neumanns »Behemoth« jedoch unerwähnt bleibt. Ebenso unbefriedigend ist es, dass Hans Mommsens Schriften keine Erwähnung finden, dass Heinrich August Winklers Arbeiten zur Weimarer Republik nicht aufgenommen und auch das Bayern-Projekt des Instituts für Zeitgeschichte nicht in die Auswahl einbezogen wurde. Dagegen wird Olaf Groehlers »Bombenkrieg«, der die deutsche Geschichtsschreibung nicht prägte, rezensiert und dies damit begründet, dass auch die ostdeutsche Forschung aus der Analyse nicht ausgeklammert werden darf.

Daraus lässt sich letztlich nur schließen, dass aus der Forschung in der DDR zur Geschichte des 20. Jahrhunderts nichts Bleibendes zu registrieren ist.

Aber auch unter gesamtdeutschem Blickwinkel fehlen, bezogen auf die Geschichte der zweiten deutschen Diktatur, wichtige Autoren wie Karl Wilhelm Fricke, Stefan Wolle oder Ehrhart Neubert. Hermann Weber ist nicht mit seiner »Geschichte der DDR«, sondern mit »Ulbricht fälscht Geschichte« vertreten, dagegen wurden – mit voller Berechtigung – Christoph Kleßmanns »Die doppelte Staatsgründung« und »Zwei Staaten, eine Nation« als Klassiker berücksichtigt. Die Texte von Sigrid Meuschel (»Legitimation und Parteiherrschaft«) und von Dietrich Staritz (»Geschichte der DDR«) werden dem Klassiker-Anspruch allerdings kaum gerecht.

Neben solchen Fehleinschätzungen wird die Qualität des Sammelbandes dadurch beeinträchtigt, dass viele Autoren ihre Texte rezensieren, ohne sich der Frage zu stellen, ob ein Buch heute nicht doch anders einzuschätzen ist als zum Zeitpunkt des Erscheinens und worin die Gründe dafür liegen könnten. Insgesamt bietet die Auswahl jedoch gerade jüngere Lesern einen Einstieg in 60 Jahre Diskussion um die deutsche Zeitgeschichte.

*Rainer Eckert, Leipzig/Schöneiche bei Berlin*

*Klaus Naumann: Generale in der Demokratie. Generationengeschichtliche Studien zur Bundeswehrelite, Hamburg: Hamburger Edition 2007, 450 S., € 28,-.*

Dass das Militär und insbesondere die Spitzenfunktionen nach der Erfahrung der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Deutschland mit Argusaugen beobachtet wurden, darf nicht verwundern. Die Generale der Bundeswehr leben und agieren als »Elite im Halbschatten« (Dieter E. Kilian), aus dem sie nur selten aus eigenem Antrieb, in der Regel aber nur bei »Katastrophen«, heraustreten (müssen). Der Kalte Krieg machte bei aller militärisch-funktionalen Vorbereitung auf den nie eingetretenen V-Fall die nunmehr »karriereorientierten Gewalttechnokraten« als Managertypus mit anderen Berufsfeldern vergleichbar.

Klaus Naumanns Zielsetzung ist es, einen »Beitrag zur Generationengeschichte der Militärelite der Bonner Republik« (37) zu liefern. Hierzu greift er auf drei Quellenbestände zurück, von denen zwei bereits vor der Aufstellungsphase der Bundeswehr liegen.

Seine dritte Quelle sind Interviews, die er selbst mit Generalen aus unterschiedlichen Zeiten und Verantwortungsbereichen führte – darunter auch zwei ehemalige Generalinspektoren der Bundeswehr. Die Studie kommt zu der nicht überraschenden Einsicht, dass die Generalität mit Anlaufproblemen bis in die 70er-Jahre hinein »in der Demokratie angekommen ist«, und selbst eine alters- und gruppenspezifische Differenzierung in »Kriegsgediente« und später bundesrepublikanisch »selbstgestrickte« Generale vornahm, denen in nächster Zukunft die vom Einsatz geprägten hinzutreten werden.

Selbst wenn man die Repräsentativität von fünf »Probanden« für fünf Jahrzehnte kritisieren muss, so gilt es zu würdigen, dass mit Naumanns Studie die Forschung über die militärische Funktionselite der Bundesrepublik mit neuen Fragen nun intensiviert werden kann. Das Verteidigungsministerium könnte indes von Generalen beruf- und umweltbezogene Selbstreflexionen erstellen lassen.

*Eberhard Birk, Fürstenfeldbruck.*

*Václav Havel: Fassen Sie sich bitte kurz. Gedanken und Erinnerungen, Reinbek: Rowohlt 2007, 416 S., € 19,90.*

Václav Havel gehörte vor 30 Jahren in der Tschechoslowakei zu den Initiatoren der Charta 77, die unter Berufung auf die KSZE-Schlussakte von Helsinki Menschenrechtsverletzungen anprangerte und bürgerliche Freiheiten forderte. In der Folgezeit wurde er als einer der führenden Köpfe der antikommunistischen Opposition mehrmals verhaftet. Insgesamt verbrachte Havel fünf Jahre im Gefängnis. 1989 gründete er das Bürgerforum mit und leitete so das Ende des kommunistischen Regimes mit ein. Fortan galt

er als »Held der Samtenen Revolution«. Havel avancierte vom Oppositionellen einer kommunistischen Diktatur zum Staatsoberhaupt einer demokratischen Republik. 1989–1992 war er Präsident der Tschechoslowakei und nach der Teilung des Landes 1993–2003 Staatsoberhaupt Tschechiens.

Zunächst beantwortet Havel die Fragen des Journalisten Karel Hvízdala. Ergänzt werden die Antworten durch Tagebucheinträge aus dem Jahr 2005. Schließlich finden sich Anweisungen Havels an seine engsten Mitarbeiter aus der Zeit ab 1993, die Einblick in den Alltag des tschechischen Präsidenten geben.

Havel wurde in der Tschechoslowakei vorgeworfen, dass er seine erste Auslandsreise im Amt nach Deutschland machte. Er, der als Dramaturg und Dramatiker um die Bedeutung von Gesten und Inszenierungen weiß, wollte damit vor allem Vorurteile abbauen. Havel war stets ein Befürworter der europäischen Integration. Nach der Lektüre von Dokumenten der EG und der EU sprach er 1994 indes von einem Paket, das nur Professionelle verstünden, nicht aber die Bürger.

Der Autor berichtet von zahlreichen Begegnungen aus den vergangenen Jahren. Mit Václav Klaus, dem ehemaligen Ministerpräsidenten und heutigen Staatsoberhaupt Tschechiens, verbindet ihn eine gegenseitige Abneigung. Insbesondere Klaus' Marktradikalismus ist Havel ein Dorn im Auge. Michail Gorbatschows historisches Verdienst schätzt er als enorm ein – »ohne ihn wäre der Kommunismus zwar auch zusammengebrochen, vielleicht aber erst zehn Jahre später und auf Gott weiß welche wilde und blutige Art«. Zu den wenigen wirklichen Freunden aus der Politik rechnet Havel an erster Stelle Richard von Weizsäcker, der ihm während seiner Amtszeit sehr geholfen habe.

*Ralf Altenhof, Freiberg*